

Rolf Reißig

Ein umstrittener Dialog und seine Folgen

25 Jahre SED-SPD-Papier

Die Überraschung war perfekt. Nach Jahrzehnten erbitterter Auseinandersetzungen und Feindschaft zwischen SPD und SED präsentierten die Grundwertekommission der SPD und die Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED am 27. August 1987 erstmals ein gemeinsames Grundsatzpapier. Die Erklärung sorgte für positive Irritation. Nicht alle wussten sie produktiv zu nutzen. Statt die politischen Karten neu zu mischen, wurden sie nicht selten in die alten Muster einsortiert. Die Kritiker in der Bundesrepublik sahen darin einen „Verrat der Sozialdemokratie an der westlichen Wertegemeinschaft“, die in der SED eine beginnende „Sozialdemokratisierung“ der Staatspartei und eine „Aufweichung der DDR“. Das gemeinsame Papier von SPD und SED und seine Folgen bleiben bis heute umstritten: in der Politik, in der Öffentlichkeit und auch in der Wissenschaft. Verwundern kann das kaum, denn mit diesem Unterfangen wurde Neuland beschritten und begann ein Experiment, dessen Ausgang zunächst offen schien. Beide Seiten sahen darin Chancen und Risiken.

Die Zuspitzung der menscheitsgefährdenden Konflikte – das atomare Wettrüsten zwischen Ost und West, der Nord-Süd-Konflikt und der globale Umweltkonflikt – in den 70er/80er Jahren hatte auch innerhalb beider Parteien Neues Denken befördert und zum Dialog angeregt.

Dieser „ideologische“ Grundsatzdialog war Teil der Ende 1982 vereinbarten SPD-SED-Beziehungen. Die erste Initiative dafür ging übrigens nicht, wie in der DDR verbreitet, von Erich Honecker, sondern von Willy Brandt aus. Dieser schlug nach dem Regierungsverlust der SPD im Herbst 1982 in einem persönlichen Brief an den SED-Generalsekretär vor, zusätzlich zu den offiziellen Regierungskontakten zwischen Bonn und Berlin flankierende Parteiengespräche aufzunehmen. In Absprache mit Willy Brandt traf sich dann Günter Gaus im November 1982 zu einem Vier-Augen-Gespräch mit Honecker, um das Anliegen des SPD-Vorsitzenden zu erläutern. In den folgenden Gesprächen zwischen SPD- und SED-Politikern standen Fragen des Abbaus der militärischen Spannungen und der praktischen Verbesserung der Ost-West-Beziehungen sowie der Situation der Menschen im geteilten Land im Mittelpunkt. Von Ideologiegesprächen bzw. einem Grundwertedialog war keine Rede.

Dieser von Anfang 1984 bis 1989 stattfindende Dialog zwischen der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED war ein Sonderfall der üblichen deutsch-deutschen und SED-SPD-Kontakte. Gegenstand dieses Grundsatzdialogs

waren nicht die kleinen (notwendigen) Schritte der Deutschlandpolitik, sondern die großen ideologischen Streitfragen des Ost-West-Konflikts. Damit wurde erstmals über das geredet und gestritten, was ansonsten bewusst ausgeklammert blieb, weil es beide Seiten seit eh von einander trennte und Kompromisse in den anstehenden Sachfragen verhinderte und deshalb als störend empfunden wurde: die entgegen gesetzten Ideologien und Werteorientierungen der Systeme in Ost und West. Gespräche solchen Inhalts gehörten nicht in die Kompetenz der Regierungen. Und nicht einmal Parteiführungen waren dafür geeignet, eher schon wissenschaftliche Institute oder Intellektuelle aus Ost und West. Kein Wunder, dass die Idee für solche Gespräche nicht aus den Parteigremien kam, sondern zuerst von Prof. Helmut Seidel, einem Leipziger DDR-Philosophen in einem Gespräch mit Erhard Eppler.

Sowohl im Präsidium der SPD als auch in den Führungszirkeln der SED sah man diese Gespräche zunächst wohl eher als „Spielwiese“ von Intellektuellen, die über kein Mandat ihrer Parteien in der Deutschlandpolitik verfügten. Doch erlangten gerade diese Gespräche eine Eigendynamik, die beide Parteien überraschte und vor allem die SED-Führung alsbald überforderte. Debattiert wurden im Verlauf der sieben Treffen Fragen der Friedens- und Reformfähigkeit beider gesellschaftlicher Systeme, der Demokratie, der Menschenrechte und des gesellschaftlichen Wandels in Ost und West. Wechselseitige Lerneffekte blieben da nicht aus. Die seit dem 4. Treffen als Gäste teilnehmenden Journalisten aus Ost und West fanden das Geschehen gerade in den ersten Jahren ausgesprochen sensationell. In der „Zeit“ war von dem „Beginn einer faszinierenden Expedition“ die Rede. Peter Bender meinte, „es fehle aller Dogmatismus, alle Rechthaberei“ und die DDR-Gesellschaftswissenschaftler sprächen „selbstkritisch und tastend. Man müsse suchen, lernen, Erfahrungen sammeln, neu durchdenken und umdenken“. Trotz der Einbindung der DDR-Gesellschaftswissenschaftler in das politische System der SED zeigten sich damals – wie es Erhard Eppler formulierte – bei ihnen neue „Prozesse der Differenzierung, der Wandlung, der Öffnung, eines Ringens mit neuen Realitäten“.

Von einem gemeinsamen Papier sprach niemand. Erst während des 4. Treffens im Februar 1986, das sich mit friedlichem Systemwettbewerb und ideologischer Streitkultur beschäftigte, war es Erhard Eppler, der angesichts der bislang spannendsten Diskussionsrunde den Vorschlag eines gemeinsamen „Protokolls“ unterbreitete. Daraus wurde dann das gemeinsame Papier, verfasst von Thomas Meyer, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission, und mir, der erstmals beim 4. Treffen dabei war und dort das Einführungsreferat hielt. Die abschließende Redaktion, in den Händen von Erhard Eppler,

Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission, wurde von ihm mit Otto Reinhold, dem Rektor der Gewi-Akademie der SED, abgestimmt.

Es kam für alle, gerade auch für die Autoren, überraschend, dass die SED-Führung einem solchen ungewöhnlichen Ideologiepapier zustimmte. Noch dazu, da es kein Auftragswerk und nicht mit der SED-Führung abgestimmt war. Die Entwürfe, auf SED-Dialogseite nie gemeinsam diskutiert, erreichten Honecker und das Politbüro aus guten Gründen nicht. Das Ideologiepapier war bereits seit geraumer Zeit durch das SPD-Präsidium gebilligt, als es Reinhold dem im Urlaub weilenden Honecker schickte. Schon einen Tag später bekam er es mit der Randbemerkung zurück: „Einverstanden. E. H. PB [Politbüro] zur Entscheidung vorlegen. Dokument wäre von großer historischer Bedeutung – für Diskussion und Aktion der Arbeiterbewegung.“ Erich Honecker wie dem Politbüro galt das Papier als „wichtiger Akt der DDR-Friedenspolitik“ und Schritt der Einbeziehung der SPD in die angestrebte „Koalition der Vernunft“. Ein strategisches Konzept des Umgangs mit diesem Streitpapier wurde nicht diskutiert. Die Ausarbeitung einer parteiinternen Information sollte genügen, um den 2,3 Millionen SED-Mitgliedern zu „helfen“, das SED-SPD-Papier als Friedensdokument und Erfolg der SED-Friedensstrategie zu verstehen. Ein Legitimitätsgewinn schien sicher.

Was sich damals bereits abzeichnete und später bestätigte – die SED-Führung, aber auch die Mehrzahl der Funktionsträger hatten Sinn und Anliegen des Papiers und die mit ihm verbundene und unverhoffte Chance nicht erfasst. Ein Umdenken fand nicht statt, weder im Osten noch im Westen. Honeckers Öffnungsexperiment nach außen war ohne die erforderlichen innenpolitischen Folgerungen gedacht.

Im gemeinsamen Papier war dagegen jedoch erstmals der untrennbare Zusammenhang zwischen Außen- und Innendialog explizit formuliert. Beide Seiten sollten danach nicht mehr auf Abschaffung des anderen Systems setzen, sondern auf dessen Existenzberechtigung und seiner Friedens- und Reformfähigkeit. Kritik, auch in scharfer Form, dürfe nicht mehr als Einmischung in die inneren Angelegenheiten zurück gewiesen werden. Notwendig sei die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, ihre Erfolge und Misserfolge, und dies in den jeweiligen Gesellschaften selbst, also auch in der DDR. Plädiert wurde für eine neue politische Kultur des Dialogs und der Demokratie in den Gesellschaften und für deren Ko-Evolution. Der bekannte Schriftsteller Rolf Schneider sprach kurz darauf in einem Spiegel-Essay vom SPD-SED-Papier als „Magna Charta einer möglichen Perestroika in der DDR“. Die SED glaubte jedoch, ihre bisherige Doppelstrategie – Dialog und gewisse Flexibilität nach außen, Dialog- und Reformverweigerung nach innen – unbeschadet fortsetzen zu können. Doch genau diese Strategie scheiterte in der Folge zusehends.

In der *SED* entwickelte sich nach Verabschiedung des Papiers und seiner Veröffentlichung im „Neuen Deutschland“ ein relativ offener und kritischer Meinungsstreit um die neuen Begriffe und die alten Glaubenssätze. Genau genommen war es die lebhafteste, interessanteste und strittigste Diskussion seit Jahren, wahrscheinlich sogar seit der in den 1960er Jahren geführten Diskussion um das Neue Ökonomische System und um den Prager Frühling 1968. Es dominierte zunächst ein Gefühl der Erleichterung und der Hoffnung, mit den Veränderungen in Moskau und dem gemeinsamen SED-SPD-Papier nun endlich die ideologischen Schützengräben verlassen und offener über die drängenden Probleme in der DDR diskutieren zu können. Unter DDR-Intellektuellen vollzog sich eine Debatte – unter anderem über Friedens- und Reformfähigkeit der Systeme, Dialog und Demokratie, Sozialismus und Wettstreit um zukunftsfähige Gesellschaftsmodelle – die auch im Westen als Reformdiskurs von Sozialisten Beachtung fand.

Eine fast einhellige Zustimmung zum SPD-SED-Papier gab es in der *Evangelischen Kirche* der DDR, stimmten doch viele Forderungen des Papiers mit ihren eigenen überein. Man verband damit neue Hoffnungen auf Überwindung der Abgrenzungspolitik der SED und einen Wandel in der DDR, damit diese ihren „selbst propagierten demokratischen und sozialen Ansprüchen besser entspreche“. Sie forderten die Staatsführung der DDR auf, die im Papier mit der SPD eingegangenen Verpflichtungen schrittweise umzusetzen. Besonders die Forderungen nach einem offenen Dialog zwischen Staat und Bürgern und nach Akzeptanz für so genannte Andersdenkende.

Entgegen zeitgenössischen Deutungen fand das gemeinsame Dialogpapier selbst bei einer Mehrheit in den *Bürgerrechtsgruppen* zunächst alles in allem einen positiven Widerhall. Dazu trug auch der Olof-Palme-Friedensmarsch im September 1987 bei. Das Papier diente Bürgerrechtlern zugleich als Berufungsinstanz für ihre seit langem erhobenen, kritischen Forderungen an die DDR-Machthaber. Die Skepsis, ob aus dem Inneren des DDR-Machtgefüges Impulse für eine Demokratisierung der Gesellschaft noch kommen könnten, war weit verbreitet. Die Ereignisse um die Umweltbibliothek im Herbst 1987 und um die Luxemburg-Liebnecht-Demonstration im Frühjahr 1988 verstärkten diese zusätzlich.

Auch international fand dieses Dialogpapier erhebliche Resonanz – gerade auch unter kommunistischen Parteien in Ost- und Westeuropa sowie in der Sozialistischen Internationale. So fand 1988 ein Treffen zum SPD-SED-Papier in Freudenberg (NRW) statt, an dem sechs kommunistische und elf sozialdemokratische bzw. sozialistische Parteien teilnahmen.

Trotz unterschiedlicher Reflexionen war das SPD-SED-Dialogpapier in der DDR-Gesellschaft mehrheitsfähig geworden, nur anders, als es sich die SED-Führung vorgestellt

hatte. Kaum jemand bestritt den Wert des Papiers als Ausdruck neuen Denkens in Ost-West-Sicherheitsfragen und den Anteil der SED daran, aber darauf sollte es nicht beschränkt bleiben. Das eigentlich Interessante am Papier waren für diese Mehrheit in der DDR die Forderungen nach offener Diskussion innerhalb eines jeden Systems, nach Einbeziehung aller Personen und Gruppen in den gesellschaftlichen Dialog, nach Informiertheit der Bürger, nach Systemwettbewerb und Reformen. Dabei ging es dieser Mehrheit damals keineswegs um Abschaffung der DDR, sondern um deren Demokratisierung und Wandel und um Ko-Evolution in Ost und West. Eine für die DDR der 1980er Jahre einmalige Situation und Chance.

Die konservativen Gegner des Dialogpapiers in der SED waren zunächst in die Defensive geraten. Der Dialog als eine spezifische Form der öffentlichen Diskussion und Meinungsbildung kollidierte in der DDR mit dem Monopolanspruch der SED auf Wahrheit. Kurt Hager, oberster Ideologiewächter, zog schon nach wenigen Wochen die Notbremse. In einer Rede vor Parteiaktivisten in Frankfurt/Oder im Oktober 1987, im Neuen Deutschland publiziert, interpretierte er wesentliche Passagen des Papiers wie die zur Friedensfähigkeit des Kapitalismus, zum Abbau der Feindbilder, zum gesellschaftlichen Dialog, um. Erich Mielke schrieb zwischen 1987 und 1989 fünf Informationen an Erich Honecker und einen ausgesuchten Kreis im Politbüro, in denen er über die „gefährlichen“ Diskussionen, die das Papier in reformorientierten Kreisen der SED, in den Kirchen und unter den „negativ-feindlichen Kräften des Untergrunds“ ausgelöst habe, berichtete. Das Papier werde von diesen Kreisen, unterstützt durch führende SPD-Politiker, als innenpolitisches Dokument „missbraucht“.

Die seitens der SED-Führung eingeleitete „Missbrauchskampagne“ sollte den Geist wieder in die Flasche zwingen. Die Parteiapparate stuften das „historische Dokument“ zurück als ein Papier zweier wissenschaftlicher Einrichtungen, das keine strategische Bedeutung für die Gesamtpolitik der Partei habe. Die Medien wurden angewiesen, „nichts mehr zu diesem Thema des Dialogpapiers zu bringen“, da es zu „Konfusionen und Illusionen in der SED“ geführt habe. Das Papier durfte bereits im Herbst 1987 nicht mehr als Broschüre gedruckt werden. Der Vorschlag beider Institutionen, eine deutsch-deutsche Schulbuchkommission zu bilden, wurde von der Volksbildungsministerin Margot Honecker brüsk zurück gewiesen. Die SED-Führung verweigerte den inneren gesellschaftlichen Dialog – vor allem zwischen Kirchenrepräsentanten, Bürgerrechtlern und SED-Vertretern. Selbst auf den offiziellen DDR-Kirchentagen 1988 durften SED-Vertreter bzw. DDR-Gesellschaftswissenschaftler nicht an Diskussionen des Papiers teilnehmen.

Die Mehrheit in der SED stand auch dann noch hinter dem Papier mit der SPD, als die Führung bereits zurück ruderte. Die offene Auflehnung aber war bis zum Spätsommer 1989 eher selten. Die verinnerlichte Parteidisziplin und das Hoffen vieler auf Veränderung von „oben“ und aus der SED selbst wirkten dem lange Zeit entgegen. Die Kritik jedoch nahm zu, parteiintern, aber auch öffentlich. Gegen „Abweichler“ und „Nörgler“ in der SED wurden allein 1988 23.000 Parteiverfahren durchgeführt. Der Druck auf die kritisch eingestellten Genossen und Parteiintellektuellen verstärkte sich. Nach außen aber setzte die SED-Führung ihre Politik des Verhandeln und des Dialogs fort. Die restaurativen Kreise und Apparate der SED konnten noch einmal ihre Vormacht behaupten. Es wurde jedoch ein Pyrrhussieg, denn die Glaubwürdigkeitskrise der SED-Führung vertiefte sich zusehends.

Die 1989er-Bewegung in der DDR-Bevölkerung stellte alsbald Forderungen, die weit über die des SPD-SED-Papiers hinaus reichten. Für die Ereignisse im Herbst 1989 war jedoch typisch, dass es nicht nur eine Bewegung *gegen* die Staatspartei gab, sondern auch eine Reformbewegung *in* ihr. Die ost- und die westdeutschen Dialogakteure hatten zu lange die Reformfähigkeit des Sozialismus über-, die Abwendung der Menschen von der DDR unterschätzt. Wenn Dialog und Reform in der DDR scheiterten, dann zuerst in Folge der systemimmanenten Blockadestrukturen des Sozialismus sowjetischen Typs, wie er auch in der DDR frühzeitig etabliert worden war. Aber wie die unterschiedlichen Wege in der Sowjetunion oder Ungarn einerseits und der DDR und der Tschechoslowakei andererseits zeigten, konnte die Systemtransformation durch die herrschenden Eliten selbst von oben eingeleitet oder von unten gegen sie erstritten werden. In Polen wurde am Runden Tisch ein Pakt beider Kräfte geschlossen.

Sinn und Anliegen des Dialogpapiers sind damit jedoch nicht in Frage gestellt. Die Politik des Dialogs hat mehr als die der Abstandnahme zur Zivilisierung des epochalen Ost-West-Konflikts und zur Öffnung der geschlossenen Ost-West-Strukturen beigetragen, partiell die politische Kultur in der DDR und selbst innerhalb der SED verändert, dort das demokratisch-sozialistische Potenzial gestärkt und schließlich zum friedlichen Verlauf des zunächst nichtintendierten Umbruchs 1989 beigetragen.

Die Ausgangssituation in der Bundesrepublik war eine andere. Meinungsstreit und Dialog gelten eigentlich als Bestandteile moderner pluralistischer Gesellschaften. Auf welche strukturellen und mentalen Blockaden, Vorurteile und Abwehrreaktionen neue Formen der Streitkultur – zumal zwischen ungewöhnlichen Partnern und Konkurrenten – stoßen, zeigte sich in den Diskussionen um das SPD-SED-Papier. Zentrale Thesen des Papiers – wie die von der wechselseitigen Akzeptanz der Existenzberechtigung und der prinzipiellen Friedens- und

Reformfähigkeit – stießen keineswegs nur bei den Regierenden im Osten, sondern auch bei denen im Westen auf heftigen Widerspruch. Breite Ablehnung im herrschenden Lager erfuh hier vor allem die These vom politischen Veränderungsbedarf im eigenen Bereich, der nur auf der anderen Seite gesehen wurde. Genau genommen bildete sich – eher unbeabsichtigt – eine konservative Allianz von Kräften in der DDR und in der Bundesrepublik gegen eine neue „Kultur des politischen Streits“ und des Eintretens für progressiven gesellschaftlichen Wandel in Ost und West heraus.

Was bleibt? Die politische Situation hat sich nach 1989/90 grundlegend verändert. Das Dialogpapier ist ein Zeitdokument und Geschichte geworden. Der Abstand zum Geschehen hat jedoch einen erstaunlichen Effekt: Er macht deutlich, wie aktuell es heute ist.

Die notwendige sozialökologische und solidarische Transformation betraf nicht nur den Osten, sondern auch den Westen. Was damals schon in den gemeinsamen Gesprächsrunden und besonders im gemeinsamen Positionspapier angedacht, wird heute noch offensichtlicher. Die Transformation im Osten ist dann eben nicht das Ende, sondern lediglich der Auftakt einer neuen, großen Transformation; im Osten und gerade auch in den westlich-kapitalistischen Gesellschaften.

Und – Dialog ist dort am nötigsten, wo er unmöglich scheint. Das gilt auch heute, wo neue globale politische Gegensätze und Feindbilder, herkömmliche und „neue“ Kriege das Bild unserer Zeit prägen. Der Ausweg ist nicht, wie wir heute wieder erleben, die Militarisierung des Politischen, sondern die Suche nach Dialog, nach Verständigungsprozessen, in denen trotz konträrer Ausgangslage gemeinsam nach Lösungen gesucht werden muss.

Eine friedvolle, ökologische und solidarische Weltgesellschaft schrittweise zu erringen und zu gestalten wird zur größten Herausforderung des 21. Jahrhunderts und erfordert wiederum eine neue Kultur des Dialogs und eine neue globale gesellschaftliche Transformation. Dies verlangt deshalb mehr denn je auch den kritischen und gleichberechtigten Dialog zwischen den pluralen Links- und Reformkräften, damit sie sich dieser neuen Herausforderung verantwortungsbewusst stellen können.